Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 24 (1932)

Heft: 7

Artikel: Gewerkschaftsarbeit in Oesterreich

Autor: Straas, E.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-352563

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gewerkschaftsarbeit in Oesterreich.

Von Ed. Straas, Wien.

Die Stärke einer gewerkschaftlichen Bewegung ist nicht immer aus Mitgliederzahlen und Einrichtungen der Organisation zu erkennen. Vielmehr entscheiden bei der Beurteilung über die Kraft der Bewegung der Einfluss auf wirtschaftliche und sozialpolitische Angelegenheiten eines Landes. Werfen wir über die eigenen Sorgen hinweg einen Blick auf das Tun und Treiben der Gewerkschaften in andern Ländern, dann können wir die eigenen Verhältnisse besser verstehen.

Die Sorgen der Gewerkschaften sind augenblicklich in allen Ländern die gleichen. Dies gilt auch für Oesterreich. Es handelt sich hier wie dort um die Abwehr unerhörter Herausforderungen der Unternehmer, die auf der ganzen Linie in beharrlicher Weise Vorstösse versuchen. Es sind ferner hier wie dort die Bemühungen der Gewerkschaften festzustellen, die heute brachliegende Arbeitskraft wieder zu beschäftigen. Der Arbeitsbeschaffung gilt die grösste Sorge. Aber auch der eigene Haushalt der Gewerkschaften muss für die ungewohnte und schlimme Zeit entsprechend eingerichtet werden. Die Leistungen der Organisation gegenüber den Mitgliedern und die Pflichten der Mitglieder selbst strenger zu fassen, erscheint durch die Zeit als unumgänglich notwendig.

Gerade diese letztgenannten Bestrebungen werden den Gewerkschaften nicht leicht gemacht. Die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften sind für normale Zeitverhältnisse geschaffen. Jetzt aber stellt die grosse Arbeitslosigkeit ungeheure Ansprüche an die Gewerkschaften und zudem sinken die Einnahmen, wenn immer weniger Menschen in den Betrieben tätig sind. Daher sind die Gewerkschaften in Oesterreich jetzt fast alle damit beschäftigt, ihre humanitären Einrichtungen zu revidieren und an die Opferfreudigkeit und das Solidaritätsgefühl der Mitglieder zu appellieren. Dies geschieht glücklicherweise nicht ohne wirklichen Erfolg. Die Notwendigkeit grösserer Opfer wird allgemein anerkannt.

Durch die anhaltende Wirtschaftskrise ist die Angriffslust der Unternehmer und deren Organisationen gegen die Gewerkschaften gewachsen. Die Versuche, die Kollektivverträge aufzusagen, die Löhne und Gehälter zu kürzen, sind jetzt zahlreich zu verzeichnen. Hier setzt der Widerstand der Gewerkschaften ein. Dazu gesellt sich der Versuch, die erworbenen gesetzlichen Rechte auf sozialpolitischem Gebiet unter dem Schlagwort, die sozialen Lasten erdrücken die Wirtschaft, einzuschränken. In Oesterreich stehen in fast allen Berufsgruppen die Arbeiter und Angestellten dessentwegen in heftiger Fehde zu den Unternehmern. Es kann heute schon mit Bestimmtheit ausgesprochen werden, dass die Unternehmer in diesem Fall das Ziel

ihrer Wünsche nicht erreichen werden. Die Arbeiter und Angestellten lassen sich den Raub ihrer Rechte und die Kürzung ihrer Einkommen nicht gefallen und sie sind bereit, gegen solche Bestrebungen ihre ganze Kraft einzusetzen. Die Unternehmer operieren hier mit der geringsten Aussicht auf Erfolg. Die gewerkschaftliche und politische Kraft der Arbeiterklasse ist glücklicherweise stark genug, um sich eine dauernde Verschlechterung ihrer Lage durch die von den Unternehmern geplanten Massnahmen nicht bieten zu lassen.

Schlimmer steht es für die Gewerkschaften Oesterreichs in der Behandlung von wirtschaftlichen Fragen. Die Aufmerksamkeit der Gewerkschaften gilt natürlich im besonderen Masse der Krisenbekämpfung. Die Gewerkschaften verbleiben in diesem Fall nicht bei leerer Kritik oder bei dem Hinweis auf ferne sozialistische Ziele. Sie treten vielmehr mit praktischen Vorschlägen auf den Plan und versuchen sie durchzusetzen. Es sind die bekannten internationalen Forderungen, die jetzt scharf verfochten werden. Sie fussen auf dem Mitspracherecht. Die Forderungen der Gewerkschaften sind durchaus reif zur Verwirklichung. Sie sind frei von aller Phantasie und erheben Anspruch, ernst genommen zu werden. Die Gewerkschaften versuchen, auf die Gestaltung des wirtschaftlichen Geschickes des Landes Einfluss zu erlangen und die planmässige Bewirtschaftung der menschlichen Arbeitskraft zu erzielen. Sie fordern Arbeit und bezeichnen diese Forderung als die wichtigste, dringendste, obenanstehende. Viele praktische Einzelvorschläge liegen vor. Sie sind die Ergebnisse der Beschlüsse eines im Herbst vorigen Jahres abgehaltenen Gewerkschaftskongresses; sie sind die Folgen eines vor einiger Zeit gemeinsam mit der sozialistischen Arbeiterpartei aufgestellten Wirtschaftsprogrammes. Die österreichischen Arbeiterkammern haben auf einer jüngst abgehaltenen Tagung die Forderungen der freien Gewerkschaften noch bekräftigt und mit unwiderlegbarer Begründung ausgestattet.

Die Regierung aber und die hinter ihr stehenden bürgerlichen Parteien sind nicht in der Lage, auch nur das geringste vorzukehren, um Arbeit zu beschaffen. Sie haben überhaupt keine praktischen Vorschläge. Sie zeigen kaum den Willen, Vorsorge zu treffen. Die Wirtschaftskrise zu mildern und die Arbeitslosen zu beschäftigen, vermag eine bankerotte Regierung nicht, die weder Plan noch Ziel hat, die nicht einmal eine parlamentarische Mehrheit aufbringen kann, die ihre Hoffnung nur auf eine Auslandshilfe setzt. Aber diese Regierung will auch von dem Programm der Gewerkschaften nichts wissen. Sie drosselt einfach die Staatsausgaben, kürzt die Löhne ihrer eigenen Angestellten, schafft neue Steuern. Sie sperrt die Devisen, sie macht eine schlechte Handelspolitik. Nun will sie die Einfuhr regeln. Die Vertreter der Gewerkschaften haben der Regierung eine Denkschrift überreicht. In

dieser werden die Devisenverordnungen bekämpft und die Massnahmen gegenüber der Kreditanstalt gleichfalls nicht gutgeheissen. Es wird vor weiteren Erschütterungen der Wirtschaft gewarnt. Die geplanten Einfuhrbeschränkungen werden nicht als ein Mittel angesehen, das dem Uebel steuern könnte. Schutzmassnahmen für die Währung mögen erforderlich sein, aber das Problem der Wirtschaft kann auf diesem Wege nicht gelöst werden. Eine Regelung der Einfuhr kann nur nach Beseitigung der jetzt bestehenden Schwierigkeiten erfolgen. Es darf die Einfuhr von Rohstoffen und lebenswichtigen Bedarfsgegenständen nicht verhindert, aber auch der Export nicht beschränkt werden. Leider geschieht dies aber. Daher soll, so verlangen es die Gewerkschaften, zur Regelung der Ein- und Ausfuhr eine besondere Kommission mit Vollmachten weitgehender Art geschaffen werden, nicht aber wäre Kartellen und Monopolen die Aufgabe der Regelung des Warenverkehrs zu überlassen.

Es verdient vermerkt zu werden, dass die österreichische Regierung die Absicht hat, die Arbeitslosenversicherung in eine Anstalt einzukleiden, ähnlich wie dies in Deutschland der Fall ist. Aber dieser Plan birgt nicht geringe Gefahren in sich. Es wird dabei die Selbstverwaltung beschränkt und ausserdem auch der Weiterbestand der Versicherungseinrichtungen sehr gefährdet, denn die bisher vom Staat gewährten Darlehen in Form von Zuschüssen sollen zu einer nichtssagenden Summe herabgedrückt und nur unter schweren Bedingungen gewährt werden, was einen Zusammenbruch der Versicherungen bedeuten kann. So geht es also nicht und die Gewerkschaften lehnen eine derartige Reform rundweg ab.

Das Verhalten der Regierung kann noch durch ein anderes Beispiel gekennzeichnet werden. Die Forderung der Gewerkschaften nach Beschränkung des Doppelverdienerwesens wird von der Regierung sehr sonderbar behandelt. Sie hat nach langem Zögern und vieler Ueberlegung einen Gesetzentwurf vor das Parlament gebracht, welcher zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit Massnahmen auf dem Gebiet des Doppelverdienens vorsieht. Der Entwurf hat in der Oeffentlichkeit eine harte Kritik erfahren und er ist von den Gewerkschaften zurückgewiesen worden. Die Gewerkschaften haben prinzipielle Bedenken. Es soll nämlich ein Arbeitsverbot erfolgen, das ganz ungenügend ist. Bei privaten Unternehmern in Arbeit zu treten, wird verboten, wenn der Verdienst bereits 400 Schilling im Monat übersteigt. Arbeit anzunehmen, wird öffentlichen Angestellten und Pensionisten aller Art sowie Sozialrentnern verboten, wenn sie mehr als 200 Schilling Monatseinkommen haben und mit einer zweiten Arbeit mehr als 400 Schilling verdienen oder, da die Pension nur zur Hälfte eingerechnet wird, mehr als 600 Schilling. Es wird ein Verbot absoluter Art für öffentliche Angestellte ausgesprochen. Einige Be-

rufe werden von dem Gesetz ausgenommen; die Behörden können auch Ausnahmen zulassen. Die Gewerkschaften sind der Anschauung, dass durch ein solches Gesetz der wirtschaftlichen Not nicht gesteuert wird und die Einstellung Arbeitsloser auf frei werdende Posten nach wie vor von dem Belieben des Unternehmers abhängt. Auch die Zahlengrenzen sind zu hoch, denn es können die meisten Pensionisten zu Doppelverdienern werden. Es werden kaum 3000 Arbeitsplätze frei. Wäre die Verdienstgrenze tiefer gesetzt und eine gleitende Zahl bestimmt, dann könnten soziale Massnahmen im Einzelfall besser berücksichtigt werden. Es ist auch nicht zu erklären, warum das Gesetz bis Ende dieses Jahres befristet sein soll. Alle Massnahmen werden wertlos, wenn nicht Neueinstellungen erfolgen. Im andern Falle hätten nur die Unternehmer von der Sache einen Nutzen. Es dürfen auf keinen Fall die gesetzlichen Kündigungsfristen und Abfertigungen ausser Kraft gesetzt werden.

Noch ein Beispiel für das Verhalten der Regierung. Von den Arbeitern und Angestellten wird als internationale Forderung die 40stündige Arbeitswoche verlangt. In diesem Sinne fordern auch die österreichischen Gewerkschaften eine gesetzliche Massnahme. Die Regierung aber stellt sich offen auf die Seite der Unternehmer und begünstigt deren Wünsche. Die Regierung spricht im Parlament gegen die Forderung der Gewerkschaften und hat Bedenken sonder Zahl. Sie erklärt den Gewerkschaftsvertretern gelegentlich einer Vorsprache im Ministerium, es sei viel zu schwierig, die Sache durchzuführen. Man lehnt ab, aber man will die Verneinung nicht zugestehen. Also wird eine kleine Studienkommission gebildet und es soll beraten werden, was zu geschehen hat. Unterdes vergeht die Zeit und es geschieht nichts. Oder ist die Weisung an die Fabrikinspektion, dem Ueberstundenwesen erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen, nicht auch schon eine grosse Tat?

Demgegenüber haben die sozialdemokratischen Abgeordneten aus den Reihen der Gewerkschaften weit grössere Entschlusskraft. Sie haben im Parlament gewissermassen als Antwort auf das Verhalten der Regierung eine eigene Gesetzvorlage ausgearbeitet, welche die obligatorische Benützung öffentlicher, paritätisch verwalteter Arbeitsvermittlungen vorsieht und die Vergebung von Arbeitsposten nur durch diese Vermittlungen vorschreibt. Dadurch könnte der Arbeitsmarkt geregelt und besser überblickt werden, als dies heute möglich ist. Es könnte aber auch jenen bedenklichen Erscheinungen der Krisenzeit entschieden entgegengetreten werden, die in zunehmender Ausnützung der Not der Arbeitslosen darin zu erblicken sind, dass Winkelvermittlung, Protektionswesen, Annoncenunsitten, Lohnunterbietungen einreissen. Die Gewerkschaften stehen daher hinter dem Vorschlag der Arbeitervertreter und sie werden ihn unermüdlich verteidigen.

So zeigen einige Ausschnitte aus dem Arbeitsgebiet der österreichischen Gewerkschaften, wie hier, gleich den Verhältnissen in andern Ländern, unter Aufbietung aller Kräfte ein entschiedener gewerkschaftlicher Kampf geführt werden muss, der die Angriffe der Gegner auf der ganzen Linie in die Schranken weist.

Die Gewerkschaftsbewegung in Spanien.

Von J. Lukas, Bern.

Die wirtschaftliche Struktur des Landes.

Spanien, das ohne seinen Kolonialbesitz an Flächeninhalt grösser ist als das deutsche Reich, hat nur den dritten Teil an Einwohnern im Verhältnis zu Deutschland, nämlich 23,7 Millionen. Davon sind etwa 8 Millionen Erwerbstätige, und von diesen arbeiten mehr als die Hälfte in der Landwirtschaft. Die Industrie beschäftigt rund 1,5 Millionen Menschen.

Obwohl die reichen Bodenschätze, Kohle, Erze, Mineralien verschiedener Art, sowie die Rohstoffe der Bodenbenutzung (Oele, Seidenkokons, Baumwolle) und Viehzucht eine günstige Grundlage für die industrielle Produktion bieten, so hat sich die Industrie Spaniens verhältnismässig spät und nur im geringen Umfang entwickelt. Spanien steht gewissermassen erst am Anfang seiner industriellen Entwicklung. Die katalonischen und baskischen Provinzen, also die nördlichen Gebiete des Landes, können als Industriebezirke angesprochen werden; Barcelona und Umgebung bildet den Hauptsitz der Textil-, Chemie- und Maschinenindustrie, während die Gegend von Bilbao der Mittelpunkt der Schwerindustrie und des Schiffbaues ist.

Die Textilindustrie beschäftigt heute fast 300,000 Arbeiter, das Baugewerbe 174,000, die Metallindustrie 139,000, die Holz- und Möbelindustrie 77,000, die chemische Industrie 33,000 und in den keramischen Betrieben und Glaswerken arbeiten annähernd 20,000 Personen. Der Krieg war dem Aufschwung der spanischen Industrie sehr förderlich und es ist nur zu verständlich, wenn sich gegenwärtig die Ausstrahlungen der Weltwirtschaftskrise auch in Spanien sehr nachteilig für die Industriearbeiterschaft bemerkbar machen. Die Zahl der Arbeitslosen wurde Ende März 1932 auf 600,000 bis 700,000 geschätzt.

Anfänge der Arbeiterbewegung.

Die Anfänge der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung reichen in Spanien bis in die erste Hälfte des vergangenen Jahrhunderts zurück. Das industrielle Barcelona ist die